

Anlage zum Rechenschaftsbericht auf dem Kreisparteitag am 13.06.1992



Norbert Gansel (SPD)

Mitglied des Deutschen Bundestages

für den Wahlkreis Kiel

Wahlkreisbüro, 12.06.92
Am Dorfplatz 32, 2300 Kiel 14
Tel. 0431-714141
Fax 0431-713421
Sprechstunde in Kiel
freitags 17-19 h
Kleiner Kuhberg 28 (SPD-Haus)
Büro Bundestag
Tel. 0228-163758
Fax 0228-1686182

Liebe Kielerinnen und Kieler!

Die Bezahlung der Politiker ist wieder ins Gerede gekommen. Deshalb schreibe ich zu der Offenlegung meiner Einkommens- und Vermögensverhältnisse der letzten 2 Jahre nicht den üblichen Routinebrief. In den vergangenen 20 Jahren habe ich mich ja eher dafür entschuldigen müssen, daß ich daran festgehalten habe, was ich 1972, bei meiner 1. Wahl in den Bundestag, den Wählerinnen und Wählern versprochen habe. Anlaß für dieses Versprechen war der Skandal jener "Mandatsüberträger", die 1972 im Bundestag die politischen Seiten wechselten, die Koalition von Willy Brandt und Walter Scheel regierungsunfähig machten und Neuwahlen erzwangen. Dabei spielten nicht die politischen Überzeugungen die entscheidende Rolle, sondern sogenannte Beraterverträge und finanzielle Zuwendungen und Verlockungen. Seitdem hat es ja nicht nur die Flick-Affäre mit unappetitlichen Spenden an Politiker und Parteien gegeben, sondern auch weitere Anlässe, die mich an meiner Forderungen festgehalten haben, mehr Transparenz und Kontrolle bei finanziellen Angelegenheiten in der Politik und bei Politikern zu fordern. - Hoffentlich stößt diese Forderung heute auf mehr Resonanz als in den vergangenen 20 Jahren. Schlimm wäre es, wenn die öffentliche Diskussion jetzt einzelne Personen fertig-machte, ohne zu klaren Konsequenzen zu führen. Ich habe nie von anderen Politikern verlangt, es genau so zu machen wie ich. Daß ich Nachahmer finde, habe ich schon gehofft. Ein paar hat es gegeben. Aus der jetzigen zum Teil echten und zum Teil pharisäerhaften Empörung sollten folgende Konsequenzen gezogen werden:

1. Wer als Parlaments- oder Regierungsmitglied seine ganze Arbeitskraft einbringen muß, muß dafür auch angemessen bezahlt werden. Die sogenannte MdB-Entschädigung ist nicht zu hoch, wenn dafür in der Woche meist mehr als 80 Stunden gearbeitet wird. Auch die gegenwärtige jährliche Anpassung, die immer etwas unter den durchschnittlichen Tarifierhöhungen des Vorjahres liegt, ist nicht zu kritisieren.

2. Wer seine Arbeit als Abgeordneter ordentlich machen will, hat eigentlich keine Zeit für eine andere Berufstätigkeit als Rechtsanwalt, Vorstandsmitglied eines Unternehmens

oder einer Gewerkschaft o.ä. . Es gibt dabei auch nicht selten Interessenkonflikte. Dennoch würde ich keinem, auch nur zeitweiligen Berufsverbot für Parlamentarier das Wort reden. Wer aber heute neben der Abgeordnetenentschädigung durch eine Berufstätigkeit Einnahmen erzielt, (die nicht selten die Abgeordnetenentschädigung übersteigen,) muß sich in Zukunft diese Einnahmen anrechnen lassen oder auf die Entschädigung verzichten. Das muß auch für Regierungsmitglieder gelten, die gleichzeitig Abgeordnete sind. Und wer als Minister oder Abgeordneter bezahlt wird, darf nicht gleichzeitig Renten oder Pensionen beziehen. Auch Politiker dürfen für ihre Arbeitskraft nur einmal entlohnt werden!

3. Die Bürgerinnen und Bürger haben ein Recht darauf, daß mit dem Steuergeheimnis ihre Privatsphäre geschützt wird. Politiker müssen sich daran gewöhnen, daß sie im Rampenlicht der Öffentlichkeit stehen. Sie müssen dazu verpflichtet werden, ihre Steuererklärung zu veröffentlichen. - Wer sich meine Steuervorauszahlungen und -rückzahlungen ansieht, die noch durch die Abschreibungen für unser Haus in Meimersdorf beeinflusst werden, wird unschwer feststellen, wie sehr unser Steuerrecht hohe Einkommen und Vermögensbildung privilegiert. Ich bin überzeugt, daß die Veröffentlichung von Steuererklärungen der Politiker einen erheblichen Druck erzeugen wird, unser ungerechtes Steuersystem zu reformieren. Hohe Einkommen und Vermögen müssen stärker zur Finanzierung der deutschen Einheit herangezogen werden. Über die Freuden der Einheit dürfen keine Festreden gehalten werden, während die Lasten der Einheit auf die kleinen Leute abgeladen werden.

1991 habe ich mein übliches Betriebspraktikum in Leipzig gemacht. Mich reizte, noch ein wenig vom Arbeitsmilieu der alten DDR mitzukriegen und Erfahrungen über die Lebensbedingungen in den neuen Bundesländern zu gewinnen. Die eine Woche als Helfer in einer Reparaturkolonne in einem Braunkohlekraftwerk in Leipzig war für mich eine wertvolle soziale und menschliche Bereicherung. Der tarifliche Lohn für meine Arbeit betrug gerade 385,- DM.

Nachdem meine Familie 1981 Hauseigentum erworben hat, sind meine Vermögensverhältnisse nur dann vollständig dargestellt, wenn der Sachwert von Haus und Boden und die eingegangenen Darlehensverpflichtungen berücksichtigt werden. Der Sachwert liegt heute schätzungsweise zwischen 500.000,- DM und 600.000,- DM. Meine gesamten Bankschulden betragen zum Jahresende 1991 genau 329.940,42 DM.

Für den Erwerb und die Renovierung des Hauses habe ich keinerlei staatliche oder private Vergünstigungen in Anspruch genommen, keine Bausparprämien, keine Zuschüsse

für das Haus, das als Kulturdenkmal eingestuft ist, und keine Sonderkonditionen bei Banken. Die Anerkennung der alten Räucherhate als "Kulturdenkmal" führt allerdings vorübergehend zu erheblichen steuerlichen Vergünstigungen.

Für 1991 werde ich allerdings ca. 15.000,- DM Steuern zahlen müssen. Da ich im letzten Jahr stellvertretender Fraktionsvorsitzender war, habe ich nämlich eine zusätzliche Entschädigung erhalten(, die mir eine außerplanmäßige Tilgung bei den Bankdarlehen ermöglichte). Für diese Funktion gab es auch einen monatlichen Repräsentationsfond von 500,- DM, den eine Fraktionsangestellte verwaltet hat und der nicht in den Einnahmen und Ausgaben enthalten ist. Da die Fraktion während dieser Zeit auch einen Teil der Telefon-, Porto- und Fahrkosten übernommen hat, sehen meine Mandatsausgaben 1991 etwas anders aus als in den vorangegangenen Jahren.

Schließlich möchte ich der Vollständigkeit wegen noch hinzufügen: Meine Frau ist - von gelegentlichen Führungen im Freilichtmuseum abgesehen - nicht berufstätig, so daß auch kein zusätzliches regelmäßiges Familieneinkommen vorhanden ist.

Wie in den vergangenen Jahren rechne ich mit Kritik und Zustimmung für diese Praxis der Offenlegung. Hoffentlich überwiegt auch in Zukunft die Zustimmung, denn ich halte es mehr als je für erforderlich, daß auch andere Politiker "gläserne Taschen" bekommen.

Mit freundlichen Grüßen

Norbert Gansel.

Offenlegung der Einkommens- und Vermögensverhältnisse 1991

Mandatsausgaben:

1. Büromaterial *1)	6.850 DM	
Porto	1.380 DM	
Telefon	1.987 DM	
Mietanteil Büro	6.300 DM	
Gäste in Bonn	1.256 DM	
sonstige Wahlkreisverpflichtungen	1.834 DM	
Information	3.147 DM	22.754 DM
2. PKW *2)	5.789 DM	
Fahrkosten	2.440 DM	
abzgl. priv. PKW-Nutzung	- 1.421 DM	6.808 DM
3. Wohnen u. Lebensunterhalt in Bonn u. a. Dienstreisen *3)	14.055 DM	14.055 DM
4. SPD-Bundestagsfraktion	6.000 DM	
SPD-Landes- u. Kreisverband	11.700 DM	
SPD-Parteibeitrag	6.512 DM	
Landesgruppe	300 DM	
Gewerkschaft	1.389 DM	
Vereinsbeiträge	810 DM	26.711 DM
5. Spenden *4)	5.161 DM	5.161 DM
6. Tilgung Amtskonto *5)	1.440 DM	1.440 DM
Mandatsausgaben insgesamt		76.929 DM
Gesamteinnahmen	226.802 DM	
Mandatsausgaben	-76.929 DM	
priv. Bruttoeinkommen	149.873 DM	
Steuervorauszahlung	- 4.127 DM	
Steuerrückzahlung	4.046 DM	
Krankenversicherung	- 7.294 DM	
priv. Nettoeinkommen	142.498 DM	

*1) u.a. Anschaffung eines neuen Fotokopiergerätes.

*2) Eisenbahn und Flugzeug sind für Dienstreisen kostenfrei. Der PKW wird in Kiel und Schleswig-Holstein benutzt. Zusätzliche Fahrkosten entstehen für die Fahrbereitschaft in Bonn (Trinkgelder) und gelegentlich für Mietwagen bei Dienstreisen. Für die Privatenutzung des PKW habe ich 0,50 DM/km berechnet.

Gesamteinnahmen:

Amtsausstattung *6)	66.678 DM
MdB-Entschädigung *7)	118.752 DM
Fraktionsaufwandsentsch. *8)	31.563 DM
Honorare *9)	487 DM
Betriebsarbeit *10)	385 DM
Kindergeld	600 DM
Zinsen aus Bausparverträgen	697 DM
Mieteinnahmen	4.320 DM
Krankenversicherungszuschuß *11)	3.320 DM
	226.802 DM

Vermögensverhältnisse:

Stand am	27.12.90	31.12.91
Bargeld a) privat	1.095,40 DM	105,50 DM
b) Bürokasse	28,01 DM	53,35 DM
Gehaltskonto	2.078,72 DM	- 2.413,70 DM
Amtskonto	-1.440,94 DM	0,00 DM
angesparte Bausparvertr.	25.689,23 DM	28.685,00 DM
	27.450,42 DM	26.430,15 DM

*3) Die relativ niedrigen Kosten für den 2. Haushalt in Bonn, in dem ich mich ungefähr die Hälfte des Jahres aufhalten muß, ergeben sich u.a. daraus, daß ich günstig zur Untermiete wohne. Bei Dienstreisen ins Ausland gibt es für Unterkunft und Verpflegung eine Reisekostenerstattung, die aber die tatsächlichen Aufwendungen nicht mehr ganz deckt.

*4) Spenden für karitative und staatsbürgerliche Zwecke, die nicht steuerlich abgesetzt werden, da ich sie aus Mitteln für die Amtsausstattung bezahle. Daneben mache ich steuerlich absetzbare Spenden aus meiner MdB-Entschädigung.

*5) In den Jahren 1988 und 1989 waren die Mandatsausgaben um 18.000 DM höher als die Amtsausstattung. Sie wurden aus dem Privateinkommen und durch das Defizit aus dem Amtskonto finanziert, das jetzt zurückgeführt worden ist.

*6) Das ist die steuerfreie Pauschale für die mandatsbedingten Ausgaben, die ich im Einzelnen aufgeschlüsselt habe.

*7) Das ist das eigentliche "MdB-Gehalt", das 12 x im Jahr gezahlt und versteuert wird. Es wird jährlich in dem Maße erhöht, wie sich die Einkünfte aus abhängiger Beschäftigung bzw. aus Sozialleistungen entwickeln (89:2,3%, 90:4,8%, 91:4,8%).

*8) Das ist die von der SPD-Bundestagsfraktion gezahlte "Entschädigung" für meine knapp 11 Monate ausgeübte Tätigkeit als stellvertretender Fraktionsvorsitzender.

*9) Honorare für Buchaufsätze und Vorträge, die ich für karitative Zwecke spende.

*10) Tariflicher Bruttolohn für einwöchige Arbeit als Helfer in einer Reparaturkolonne in einem Braunkohlekraftwerk in Leipzig.

*11) Für diese Legislaturperiode habe ich mich anstatt für Beihilfe für einen Krankenversicherungszuschuß entschieden. Ich bin seit meinem 1. Arbeitsverhältnis (1969) in der gesetzlichen Krankenversicherung der AOK Kiel.

Offenlegung der Einkommens- und Vermögensverhältnisse 1990

Mandatsausgaben:

1. Büromaterial	2.804 DM	
Porto	1.697 DM	
Telefon	4.397 DM	
Mietanteil Büro	6.300 DM	
Gäste in Bonn	593 DM	
sonstige Wahlkreisver- pflichtungen	3.297 DM	
Information	<u>2.597 DM</u>	<u>21.685 DM</u>
2. PKW *1)	7.155 DM	
Fahrkosten	1.770 DM	
abzgl. priv. PKW-Nutzung	<u>- 861 DM</u>	<u>8.064 DM</u>
3. Wohnen u. Lebensunterhalt in Bonn u. a. Dienst- reisen *2)	<u>11.712 DM</u>	<u>11.712 DM</u>
4. SPD-Bundestagsfraktion	6.000 DM	
SPD-Landesverband	3.600 DM	
SPD-Kreisverband	7.200 DM	
SPD-Parteibetrag	4.200 DM	
Gewerkschaft	1.116 DM	
Vereinsbeiträge	<u>452 DM</u>	<u>22.568 DM</u>
5. Spenden *3)	<u>2.589 DM</u>	<u>2.589 DM</u>
6. Tilgung Amtskonto *4)	<u>3.277 DM</u>	<u>3.277 DM</u>
Mandatsausgaben insgesamt		69.895 DM
Gesamteinnahmen	183.320 DM	
Mandatsausgaben	<u>-69.895 DM</u>	
priv. Bruttoeinkommen	113.425 DM	
Steuern	-11.406 DM	
Krankenversicherung	<u>- 7.322 DM</u>	
priv. Nettoeinkommen	94.697 DM	

Gesamteinnahmen:

Amtsausstattung *5)	63.804 DM
MdB-Entschädigung *6)	113.310 DM
Honorare *7)	715 DM
Kindergeld	600 DM
Zinsen aus Bausparverträgen	571 DM
Mieteinnahmen	<u>4.320 DM</u>
	183.320 DM

Vermögensverhältnisse:

Stand am	22.12.89	27.12.90
Bargeld a) privat	500,20 DM	1.095,40 DM
b) Bürokasse	36,32 DM	28,01 DM
Gehaltskonto	-815,93 DM	2.078,72 DM
Amtskonto	-4.717,79 DM	-1.440,94 DM
angesparte Bausparvertr.	<u>19.641,45 DM</u>	<u>25.689,23 DM</u>
	13.764,39 DM	27.450,42 DM

*1) Eisenbahn und Flugzeug sind für Dienstreisen kostenfrei. Der PKW wird in Kiel und Schleswig-Holstein benutzt. Zusätzliche Fahrkosten entstehen für die Fahrbereitschaft in Bonn (Trinkgelder) und gelegentlich für Mietwagen bei Dienstreisen. In diesem Betrag sind auch die letzten Raten für die Rückzahlung des Darlehens zum Autokauf enthalten. Für die Privatnutzung des PKW habe ich 0,42 DM/km berechnet.

*2) Die relativ niedrigen Kosten für den 2. Haushalt in Bonn, in dem ich mich ungefähr die Hälfte des Jahres aufhalten muß, ergeben sich u.a. daraus, daß ich günstig zur Untermiete wohne. Bei Dienstreisen ins Ausland gibt es für Unterkunft und Verpflegung eine Reisekostenerstattung, die aber die tatsächlichen Aufwendungen nicht mehr ganz deckt.

*3) Spenden für karitative und staatsbürgerliche Zwecke, die nicht steuerlich abgesetzt werden, da ich sie aus Mitteln für die Amtsausstattung bezahle.

Daneben mache ich steuerlich absetzbare Spenden aus meiner MdB-Entschädigung.

*4) In den letzten beiden Jahren waren die Mandatsausgaben um 18.000 DM höher als die Amtsausstattung. Sie wurden aus dem Privateinkommen und durch das Defizit aus dem Amtskonto finanziert, das jetzt zurückgeführt werden muß.

*5) Das ist die steuerfreie Pauschale für die mandatsbedingten Ausgaben, die ich im Einzelnen aufgeschlüsselt habe.

*6) Das ist das eigentliche "MdB-Gehalt", das 12 x im Jahr gezahlt und versteuert wird. Es wird jährlich in dem Maße erhöht, wie sich die Einkünfte aus abhängiger Beschäftigung bzw. aus Sozialleistungen entwickeln (1989: 2,3%, 1990: 4,8%).

*7) Honorare für Buchaufsätze und Vorträge, die ich für karitative Zwecke spende.